

Erscheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Verkauf und Expedition

Johannisplatz 33.

Verkaufsstunden der Redaction:

Vormittags 10-12 Uhr.

Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Nummern

macht sich die Redaction nicht

verantwortlich.

Annahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Preise an Wochenenden bis

3 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

In den Filialen für Prof. Anstalt:

Dr. Klein, Unterstadtstr. 22.

Dr. Schmidt, Rathhausstr. 14, p.

nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Fracht 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Rthl. mit Postbefreiung 40 Rthl.

Inkret 5geig. Zeitungs 20 Pf. Preiserhöhten laut neuestem Preiserhöhten. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Redaktionsstich die Spalte 40 Pf.

Inkret sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

N^o 63.

Sonnabend den 7. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 8. Februar nur Vormittags bis 1/9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Vermietungen in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

In obiger Fleischhalle sollen die Abtheilungen

Nr. 2 vom 15. April dieses Jahres an,

Nr. 3 vom 5. März dieses Jahres an

gegen einmonatliche Kündigung anderweitig vermietet werden und haben wir hierzu Bestimmungstermin auf

Sonnabend, den 21. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr,

an Rathshalle anderaumt.

Die Vertheilungs- und Vermietungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhausplatze, 1. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 2. Februar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Stadt.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 22. Februar 1878 wird hiermit das unbedingte Pfand und Werten auf den Wegen des Johannisplatzes bei Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft unterlag.

Leipzig, am 29. Januar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Richter.

Ruzholz-Auction.

Freitag, den 13. Februar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr ab im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage, Abtheilung 42,

ca. 68 eichene, 104 weißbuche, 3 ahorne, 11 maiböhrner, 9 eichene, 86 kästner,

23 eichene und 4 lindene Ruzholze,

47 eichene Schirrhölzer,

500 eichene Gedebäume und

75 eichene Schuppenstiele

an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgegangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reißbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne an der nassen Wieje und dem Ronnenwege. Leipzig, am 29. Januar 1880.

Des Raths Fortdeputation.

Culturkampf in Preußen.

* Berlin, 5. Februar. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Beratung des Kultusgesetzes ein. Bei dem ersten Titel der Aufgabendeckelung (Gebalt des Ministers) erhebt sich eine lange Debatte, welche der Abg. Windthorst mit einer Betrachtung über den früher und heute im Kultusministerium herrschenden Geist einleitet.

Windthorst beklagt tief, daß seit einer Reihe von Jahren der Kultusetat die Arena eines erbitterten Kampfes bilde, der das Land in zwei Theile zerreiße. Allgemein werde dieser Kampf bedauert. Dies genüge aber nicht; man müsse Hand anlegen, die Ursachen des unglücklichen Conflictes aus dem Wege zu räumen. In diesem Sinne appellirte er an die conservativen Parteien mit der Bitte, sich von der Ueberzeugung zu trennen, daß nur auf dem

festen Boden der Religion wahrer Conservatismus gedeihen könne; er appellirte an die ehrliche liberale Partei, die erkennen müsse, daß ohne kirchliche Freiheit auch die wahre bürgerliche Freiheit unmöglich sei. Das ganze Haus bitte er, durch gemeinsamen Willen dahin zu wirken, daß dem Culturkampf ein Ende gemacht werde. Um dieses Ziel zu erreichen, könne das Centrum nicht umhin, die Beschwerden des katholischen Volkes immer wieder zum Ausdruck zu bringen, und werde dies auch jetzt thun, auf die Gefahr hin, daß der Abg. Liebmann von Neuen daran die Bemerkung knüpfte, es sei zu erwägen, ob die Regierung bisher die Maßregelung nicht zu milde gehandelt habe.

Er selbst hoffe, daß der Abg. Liebmann mit dieser Anschauung im Sinne der Sache, denn sein Gedanke sei nicht die Maxime einer Regierung, sondern die eines Legislators. Es sei nicht zu verkennen, daß in neuerer Zeit in dem Ministerium eine Wandelung zum Besseren sich vollzogen habe. Ein Putschschlag christlicher Bestimmung sei wieder zu vernehmen, aber noch so leise, daß es scheint, als fürchte man sich, ihn hören zu lassen. Noch werde die Regierung zur Rückkehr zu humanen Grundföhen zurückgedrängt durch die Traditionen der Regierung, welche durch die

Personen der Geheimen Räte aufrecht erhalten werden. Der Chef des Ministeriums habe geschworen, sein Generalstab aber sei geblieben. Im Interesse des Friedens wäre hier eine Abhilfe dringend wünschenswert, denn neuen Wein sollte man nicht in alte Schläuche füllen. Ein völliger Bruch mit der Vergangenheit sei notwendig. Obwohl eine offizielle Mittheilung darüber bisher nicht erfolgt ist, so sei es doch notorisch, daß die Regierung in Friedensverhandlungen mit der Curie eingetreten sei. Angesichts der fortwährenden Angriffe gegen die Kirche werde es schwer, an den Ernst dieser Friedensverhandlungen auf Seiten des Staates zu glauben. Auf das Letzte würde er bedauern, wenn die Anschauungen, welche der den geheimräthlichen Kreisen nahestehende Professor Hinrichs kürzlich in der „Deutschen Revue“ entwickelt habe, dem Standpunkte entsprächen, welchen die Regierung bei diesen Verhandlungen einnehme. Er bitte den Minister, hierüber eine beruhigende Erklärung zu geben. Die katholische Kirche werde einen solchen Standpunkt niemals acceptiren. So dankbar er dem Reichskanzler für die Einleitung der Verhandlungen mit Rom sei, so müsse er doch erklären, daß das katholische Volk nicht im Stande sei, noch länger schweigend und bittend zu warten. Er sehe voraus, daß der Reichskanzler selbst — trotz des Artikels der „Provincialcorrespondenz“, welcher die ganze Verantwortlichkeit auf die Schultern des Kultusministers zu legen suchte — die eigentlich leitende Directiv für die Verhandlungen gebe, und deshalb richte er an ihn die dringende Bitte, die ihm eigene Energie an die Weiterführung der Verhandlungen zu setzen; es sei dann zu hoffen, daß man bald zu einem erfolgreichen Abschluß kommen werde. Wenn es parlamentarisch gestattet wäre, würde er an eine noch höhere Stelle appelliren; so viel aber könne er aussprechen, daß die Krone keinen festeren Boden habe, als in dem Herzen eines potestantischen Volkes. Die Kirche wünsche dringend den Frieden; sollte derselbe aber nicht zu Stande kommen, so werde sie, ohne zu wanken und mit ungetrübtem Muthe, den Kampf wieder aufnehmen, bis sie den Sieg, der ihr sicher sei, errungen habe.

Der Kultusminister erwidert auf die vom Redner angeregte Frage über die eingeföhteten

Maßregeln zur Beilegung des Conflictes zwischen Staat und Kirche, daß ein solcher Ausgleich nur auf dem Boden der preussischen Landesgesetzgebung erfolgen könne.

Cultusminister von Buttke: Es war nicht meine Absicht, schon nach dem ersten Redner in die Debatte einzugreifen, sondern erst noch mehrere Redner ihre Stellung zu der Vorlage kundzugeben zu lassen. Aber wie es oft in parlamentarischen Leben ist: schon nach Anhörung eines Redners muß man seine Taktik ändern, und ich bin deshalb genöthigt, jetzt einiges auf die Rede des Herrn Abg. Windthorst zu erwidern. Herr Abg. betonte mit einem gewissen persönlichen Wohlwollen für mich, wie ich annehme, daß ihm jetzt aus dem Ministerium ein sympathischerer Hauch entgegenwehe als sonst. Er hat das in einer verbindlichen und mich angenehm berührenden Form gesagt, und deshalb nehme ich seinen Ausdruck für diesen Ausdruck meinen Dank auszusprechen.

Aber, meine Herren, er hat nicht veräuert, an dieses Lob sofort erhebliche Modificationen anzuknüpfen. Er sagte, der jetzige Träger des Cultusministeriums ist bisher nicht in der Lage gewesen, sich in Bezug auf seinen Generalstab, wie in Bezug auf die Grundföhe von den Traditionen zu befreien. Meine Herren! In wie weit das überhaupt meine Absicht ist, mich von den bisherigen Traditionen der preussischen Verwaltung zu entfernen, das glaube ich, hat meine kurze Verwaltung bewiesen. Wenn der Herr Abg. Windthorst bemerkt, in der Spitze und in dem Unterstaatssecretariat sei allerdings eine Veränderung erfolgt, im Uebrigen aber sei der Generalstab vorhanden, und daß die Geheimräthe einen sehr großen Einfluß auf den Minister hätten, so betone ich, daß diese Neuerung sehr wenig schmeichelhaft für mich ist. Dieser Ausdruck war vielleicht vom politischen Standpunkte des Herrn Abgeordneten ein politischer, aber einen preussischen Grundföhe hat er damit nicht ausgesprochen. In Preußen liegt die formelle und materielle Leitung der einzelnen Verwaltungszweige in der Hand des Vorgesetzten, und ich befreite, daß der Vorgesetzte sich von seinen Geheimräthen etwas in der Feder dicitiren läßt. Ich, meine Herren, habe keine Verantwortung, hier irgendwie mit der Meinung zurückzubalden, daß ich mit meinen Herren Räthen mich in vollem Einverständnisse befinde. Sie werden aber sofort diejenigen Intentionen und Directiven, die Sie von mir erhalten, ausführen, und ich habe meinerseits das volle Vertrauen, daß ich mich in dem Vertrauen auf ihre Loyalität in keiner Weise täuschen werde.

Was nun die Grundföhe betrifft, von denen der Herr Abg. Windthorst meinte, daß ich doch mit einer gewissen Schicklichkeit an deren Herabsetzung gegangen sei, so hätte ich allerdings gewünscht, daß er mir Gelegenheiten geboten hätte, an der Hand einzelner amtlichen Thatfachen und Handlungen in eine Erörterung mit ihm einzutreten. Nun hat der Herr Abgeordnete betont, daß er und seine Freunde die Wäffen des parlamentarischen Kampfes nicht eher aus der Hand werden legen können, als bis der kirchliche Friede wieder hergestellt sei. Meine Herren! Daß die katholische Kirche eine Institution ist, welche der Berechtigung ihrer Angehörigen und der hohen Achtung aller Anseher durchaus würdig ist, das wird auch ein evangelischer Christ nicht bestritten (sehr gut!), und wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit diese Kirche in eine Reihe von Bedrängnissen gestürzt ist, welche in ihrem weiteren Fortgang allerdings in Preußen zu ihrer völligen äußeren Herrichtung führen müssen (hört! hört! im Centrum), so bedauert das Niemand lebhafter und tiefer als ich. Es ist durchaus richtig, daß bei längerer Fortdauer des kirchenpolitischen Kampfes die äußere Organisation der katholischen Kirche in Preußen zerstört werden wird (Vorwagung) bis zu einem Grade, ähnlich demjenigen, der nach den Stürmen der großen Revolution über sie hereinbrach. Stürmen, aus denen, wie Sie alle wissen, ein ein evangelischer König sie hervorgehoben hat. M. S. Wenn die königl. Staatsregierung unter der Zustimmung der Landesvertretung sich gezwungen gesehen hat, die Schutzwehren ihres staatlichen Lebens zu vernehmen gegen nach ihrer Meinung unbedingte Uebergriffe der katholischen Kirche, so hat sie doch niemals von der Hoffnung und von dem Wunsche gelassen, daß nicht eine Zeit eintreten möge, wo sie dieser Kampfmittel nicht mehr in dem alten Maße bedarf, und wir hoffen, daß der Principienstreit in einem friedlichen Mit- und Nebeneinandergehen der beiden Gewalten sein Ende finden wird. Die Regie-

rung hat deshalb mit hoher Befriedigung von dem Verlaufe Kenntnis genommen, die vorhandenen Gegenstände durch ruhige Erörterung auszuwählen, und ich muß die Zweifel, welche der Abgeordnete Windthorst in dieser Beziehung ausspricht, als völlig unbegründet bezeichnen. M. S. Wie weit diese Verlaufe bisher gediehen sind, und vor allen Dingen, welchen Inhalt diese Verlaufe haben, darüber, glaube ich, werden Sie mir selbstverständlich jedes Wort erlassen. Es würde damit nur das Gegenheil von dem erreicht, was unser Aller Wunsch ist, nämlich die Ausführung des Ausgleiches. (Sehr richtig!) Aber eins kann ich versichern, das ist, daß der Ausgleich, wenn er und gelangt, nur stattfinden wird auf dem Boden der preussischen Landesgesetzgebung, und Sie werden hierin und in der dadurch verbürgten freien Mitwirkung der Landesvertretung hessentlich die sichere Gewähr dafür finden, daß wir bei aller Schonung und aller Rücksicht auf die kirchlichen Interessen und Bedürfnisse doch um unverrückbaren Endziele die Rechte und Interessen der preussischen Monarchie haben müssen. (Bravo! recht!) Der Herr Abgeordnete hat, indem er die uns noch trennenden Verlaufe betonte, von seinem Standpunkte ganz correct natürlich alle Schuld auf die Seite des Staates gelegt. Ihm ist die Kirche nur der unglücklich leidende Theil. (Sehr wahr! im Centrum.) M. S. Dies nöthigt mich doch zu einigen Gegenbemerkungen. Die katholische Kirche glaubt und erklärt, im ausschließlichen und alleinigen Besitze der Wahrheit zu sein. (Sehr wahr! im Centrum.) So lange sie sich diesem Aussprüche und mit diesen Ansprüchen sich innerhalb ihrer legitimen Sphäre hält, hat der Staat nichts hinzuzusetzen. Wenn aber die Kirche über diese unantastbaren Interessen hinausgreift, sei es in das unbedingte alleinige Gebiet des Staates, sei es auch nur in das Grenzgebiet des Staates und der Kirche — es ist das unabweisbar in allgemein bekannten Kundgebungen in letzter Zeit geschehen (Widerpruch im Centrum) — dann, M. S., dürfen Sie sich nicht wundern, wenn kein Culturkathol das Gerantreten solcher Ansprüche erträgt, ohne zur Abwehr zu greifen, gleichwie denn unser Staat, dessen ganze historische Entwicklung, dessen Ursprung jedenfalls nicht im katholischen Gedanken liegt, dessen Dynastie seit Jahrhunderten der Hort der Ueberzeugung und Gewissensfreiheit gewesen ist (Vorwagung), und dessen Einwohner zu zwei Dritteln einem Glaubensbekenntnisse angehören, welches den ausschließlich göttlichen Charakter der katholischen Kirche nicht anerkennt. (Sehr wahr!) Die Herren vom Centrum sind eine Partei, Karl durch ihre Geschlossenheit und die Einheit ihrer Principien, Karl auch durch das Gefühl und die Bereitwilligkeit ihrer Führer. Aber ich bitte Sie doch, sich die Frage vorzulegen, ob Sie ihren großen und unlegbaren parlamentarischen Einfluß immer in dem Sinne und nach der Richtung ausgeübt haben, daß der Wunsch des Staates, sich mit ihnen zu verständigen, dadurch in sehr hohem Maße gestärkt und befestigt worden ist. Sind werden Sie anerkennen müssen: wenn Sie unentwegt und mit absoluter Entschiedenheit auf der Durchföhrung ihrer Principien dem Staate gegenüber verbarren, so sind Sie in Preußen immerwährend zur Minorität verurtheilt. (Sehr wahr!) Es ist in einem Staate wie Preußen keine irgendwie denkbare politische Constellation möglich, bei welcher die Bestrebungen direct oder indirect, wesentlich oder unwesentlich, darauf gerichtet sind, in den wichtigsten Gebieten auch des Staatslebens eine auswärtige Macht an die Stelle unserer geordneten Staatsgewalt zu setzen (Vorwagung). Meine Herren! Ob wir zu dem von uns Allen ersehnten Frieden gelangen werden, das ist eine Frage, die, glaube ich, in dem Herzen ungeschätzter Millionen des preussischen Vaterlandes brennt. Es wird aber von allen Seiten sehr vieler Weisheit und sehr vieler Mäßigung bedürfen, um zu diesem Ziele zu gelangen, Weisheit und Mäßigung von Seiten der Regierung und der anderen beim Ausgleich theilhaftigen Autoritäten, aber auch auf Seiten unserer parlamentarischen Parteien. Meine Herren! Der Weg, den wir zurücklegen haben, das kann ich Sie versichern, ist weit und schwierig, und das Fahrwasser, das wir zu durchschiffen haben, eher wir in den ersehnten Hafen des Friedens einlaufen, ist mit zahllosen Klippen besetzt. Deshalb bedarf es der Weisheit und Mäßigung auch in der äußeren Haltung. Ich meine, meine Herren, man läßt ein Feuer nicht, indem man fortwährend in dasselbe hineinbläst. Wir sollten einmal daran gehen, den Principien-

streit zu begraben und uns auf den Boden der Thatfachen zu stellen. Ich glaube mir das Heugetriebe geben zu können, daß ich guten Willen gezeigt habe, um zum Frieden zwischen Staat und Kirche beizutragen. Daß bei den weiteren Schritten, die Herr Abg. Windthorst als wünschenswert bezeichnet, das Amt des Kultusministers von gewissem Einfluß und jedenfalls von großer Verantwortlichkeit ist, das bedarf keiner Auseinandersetzung, und wenn der Herr Abg. auf einen Artikel der „Provincialcorrespondenz“ Bezug genommen hat, so kann ich mittheilen, daß derselbe nach vorberathen Einvernehmen mit mir und mit meinem völligen Einverständnisse geschrieben ist. Er wird deshalb wohl seiner sensationellen Natur durch diese Erklärung völlig entkleidet sein. Er hat weiter keinen Zweck gehabt, als festzuhalten, daß der Herr Präsident des Ministeriums unbeschadet der obersten Leitung der deutschen Politik nicht die Aufgabe hat, alle diejenigen Maßregeln, welche in den einzelnen Geschäftsbereichen abzuhelfen, durch seine eigene Initiative einzuleiten, sie vorzubereiten, daß dies vielmehr Sache des betreffenden Ressortministers ist, daß aber der Präsident des Ministeriums selbstverständlich die Verantwortung dafür theilt für das, was unter seiner Mitwirkung und Theilnehmung von Seiten seiner Collegen beschlossen wird. Ich will für jetzt mit dem wiederholten Ausdruck meines lebhaften Wunsches schließen, daß die volle innere Bereitwilligkeit, welche ich für meine Person habe, und die ich der Möglichkeit eines Ausgleiches entgegenbringe, dazu prädestinirt sei, gute Früchte zu tragen. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

In der Anerkennung des Geistes, der die Generalstabsbede befehlte, wird der Minister noch weit mehr überboten durch den Abg. Strosfer, der zugleich in dem Fortdauern des Culturkampfes die schwerste Gefahr für Ordnung und Sittlichkeit erkennt. Nachdem zwischen dem Abg. Biedwald und dem Cultusminister noch einmal die Elbinger Simultanauffrage zur Auseinandersetzung geführt, der Abg. Strosfer in der kirchlichen Reaction das Heilmittel für die trante Zeit erkannt, Abg. Stengel den Wunsch nach Frieden ausgesprochen, soweit die Rechte des Staates dadurch nicht beeinträchtigt würden, Abg. von Scherlemer-Alst gegenüber dem Staatsminister die Darlegungen seines Gesinnungsgenossen Windthorst einen aggressiveren Ton angeschlagen, Abg. von Stabilewski die alten Polenklagen über den Germanisirungsterrorismus in den Schulen vorgebracht, erreichte die Debatte ihren Höhepunkt in einer längeren Rede des Abg. Falk, der in würdiger und energischer Weise die Angriffe gegen seine Verwaltung zurückwies.

Abgeordneter Dr. Falk (aus dem Centrum mit einem offensiblen „M“ begrüßt): Ich weiß nicht, ob „M“ ein Ruf der Bewunderung oder der Erwartung sein soll. Nach beiden Richtungen dürfte er nicht recht passen. Denn das ich heute das Wort ergreife nach dem was ich angehört habe, dürfte doch wohl nicht verwundern, und was die Erwartung betrifft, so sind ja Dinge, über die ich früher gesprochen habe, so vielfach erörtert worden, daß Sie es mir gewiß zu Gute halten, wenn ich heute darauf zurückkomme. Einige persönliche Bemerkungen gestatten Sie mir vielleicht von vornherein. Ich habe keine innere Reue, mich jetzt schon wieder zu betheiligen an parlamentarischen Dingen, und es sollte eigentlich Nebemann klar sein, warum? Denn erstlich der Umstand, daß ich vor kaum einem halben Jahre noch Minister war, trägt seine Consequenzen und dann ich doch ein ander Ding, vom Ministerische zu sprechen als vom Abgeordnetenplatz! (Sehr wahr! und Lachen im Centrum.) Man hat mir früher aus dem Centrum vorgeworfen, daß ich nicht sprach, wie ein Minister, sondern wie ein Abgeordneter, und das ich jetzt gar nicht spreche; aber woran liegt denn das? Doch nur an dem Mangel an sicherem Material. Das mir dort am Ministerische im reichsten Maße zu Gebote stand. Hätte ich das, so würde ich heute gewiß Wändes, was ich gehört habe, besser zurückweisen können! Ferner müssen Sie bedenken, daß ich die Verhandlungen dieses Staats durch Sessionen oft 14 Tage lang hindurch geführt habe, und da werden Sie wohl begreifen, daß ich jetzt, nachdem ich aus dem Amte bin, kein Verlangen habe, in die Sache weiter einzutreten.

u. G.

70er 1062

kl. Feiln

u. G.

u. G.

m. G. p. 174

u. G.

u. G.

u. G.

u. G.

u. G.

u. G.

u. G.